



### Presseschau vom 03.11.2016:

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondenT* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondenT* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

### Vormittags:

De.sputniknews.com: Russischer „Sonnenstrahl“: Clown Oleg Popow verstorben - Beerdigung in Deutschland

Der weltberühmte russische Clown Oleg Popow ist während einer Tournee in Rostow am Don im Alter von 86 Jahren gestorben.

Wie der Direktor der russischen Zirkusbehörde „Rosgoszirk“, Dmitrij Iwanow, mitteilte, war Popow am Mittwochabend vor dem Fernseher friedlich eingeschlafen. Auf Bitte seiner Verwandten wird er in Deutschland beigesetzt, da dort seine Frau und Tochter leben.

Popow galt als einer der letzten großen Zirkusartisten. Berühmt wurde er als Clown „Iwanuschka“ im Moskauer Staatszirkus. Sein Kostüm war weltbekannt: Karierte Mütze mit blonder Perücke, dazu schwarze Samtjacke und rote Fliege.

Seit 1991 lebte Popow im fränkischen Egloffstein, reiste aber immer wieder zu Gastauftritten in seine Heimat. Selbst im hohen Alter zog es ihn immer wieder in die Manege.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/31321/34/313213420.jpg>

Dan-news.info: Zusammenfassung mehrerer Meldungen über ukrainische Beschüsse und die Folgen

„Von 18:00 bis Mitternacht haben Abteilungen der ukrainischen Streitkräfte **Trudowskije und Alexandrowka im Westen von Donezk, das Dorf Shabitschewo im Norden der Stadt und das Gewerbegebiet bei Jasinowataja** beschossen“, teilte eine Quelle aus den militärischen Einrichtungen der DVR mit. „Auf diese Gebiet wurden 230 Panzergeschosse, Artilleriegeschosse des Kalibers 122mm und Mörsergeschosse des Kalibers 82 und 120mm abgeschossen“.

Gemäß den Angaben des Gesprächspartners wurden neben schweren Waffen und Mörsern beim Beschuss der Territorien der Republik von den ukrainischen Soldaten auch Panzertechnik, Granatwerfer und Schusswaffen verwendet.

„Kurz vor dem Morgen entstand in der Folge eines Beschusses von **Kominternowo** von Seiten der ukrainischen Streitkräfte ein Brand in einem privaten Wohnhaus an der Kirow-Straße“, teilte eine Quelle aus den militärischen Einrichtungen der DVR mit. Informationen über Verletzte sind nicht eingegangen.

„Heute Nacht wurden in der Folge eines Beschusses von Seiten der ukrainischen Streitkräfte in Alexandrowka im Petrowskij-Bezirk von Donezk drei private Wohnhäuser auf der Gorkij- und der Schewtschenko-Straße beschädigt“, teilte das operative Kommando der DVR mit.

„Am Abend wurde mehrere Male die Aktivität eines Scharfschützen der ukrainischen Streitkräfte auf Wohngebiete der Ortschaft festgestellt. Die Scharfschützenaktivität des Gegners dauert schon einige Tage an“, erklärte der Vertreter des Kommandos.

Lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben in den letzten 24 Stunden **siebenmal** die Positionen der Volksmiliz der LVR beschossen. Dies teilte die Verteidigungsbehörde der Republik mit.

Das Gebiet von **Smeloje** wurde aus Richtung Orechowo mit 152mm-Artilleriegeschützen 2S3 „Akazija“ beschossen.

Aus Richtung Staniza Luganskaja wurde dreimal das **Gebiet des Denkmals des Fürsten Igor** mit Mörsern des Kalibers 120mm und 82mm beschossen.

Mit Antipanzergrenatwerfern haben die Kiewer Truppen das Gebiet von **Kalinowo** aus Richtung Luganskoje beschossen.

Das Gebiet von **Kalinowo** wurde mit Granatwerfern aus Richtung Nowoswanowka

beschossen.

Die Positionen der Volksmiliz im Gebiet von **Sokolniki** wurden mit 122mm-Haubitzen D-30 aus Richtung Krymskoje beschossen.

Verluste gibt es keine.

De.sputniknews.com: IS-Kämpfer können aus dem irakischen Mossul nach Syrien fliehen, wie Pentagon-Chef Ashton Carter bei einer Pressekonferenz auf der Militärbasis Fort Leonard Wood sagte.

„Ich möchte lieber nicht auf Einzelheiten des Plans eingehen. Einen Plan hat es immer gegeben, er ist schon vor einem Jahr entworfen worden und besteht darin, dass Mossul im Osten, Norden und Süden umkreist wird“, so der Pentagon-Chef.

Die nicht abgedeckte Westrichtung sei für Zivilisten bestimmt, sodass diese die Stadt verlassen und Hilfe von der Uno und anderen Organisationen erhalten können. Ob über diesen Ausweg denn nicht auch Terroristen in Richtung Syrien fliehen sollten, wollte Carter dann nicht konkret kommentieren und wich aus.

„IS-Kämpfer können durchaus in Richtung Syrien geflohen sein. Wenn dem so ist, werden wir sie noch unterwegs oder dann in Syrien vernichten“, meinte Carter weiter.

Die irakische Armee, unterstützt von kurdischen Peschmerga-Einheiten, regierungstreuen Milizen und US-Truppen sowie Kampfflugzeugen der Anti-IS-Koalition, hatte am 17. Oktober eine Großoffensive auf die zweitgrößte Stadt des Irak gestartet. Die Terrormiliz Daesh (IS, Islamischer Staat) beherrscht seit Juni 2014 die strategisch wichtige Millionenstadt an der Grenze zu Syrien.

Dan-news.info: Die Unternehmen der Kohleindustrie der DVR sind bereit, mehr als 3700 Bergleute einzustellen, außerdem gibt es freie Stellen für Bergarbeiter. Dies teilte heute der Pressedienst des Kohle – und Energieministeriums mit.

„Derzeit ist in den in Betrieb befindlichen kohlefördernden Unternehmen der Republik ein Defizit an Personal für den Untertagebereich zu beobachten, die Gesamtzahl der freien Arbeitsplätze übersteigt 3700“, heißt es im Ministerium...

Das größte Kaderdefizit besteht beim staatlichen Unternehmen „Makejewugol“. Dort können 1700 Menschen eingestellt werden. Dann folgen die staatlichen Unternehmen „Schachtjorskantrazit“ und „Donezker Kohleenergiekompanie“.

De.sputniknews.com: Die Extremistenkämpfer, die den Osten des syrischen Aleppo unter ihrer Kontrolle halten, haben sich der Forderung der russischen Militärs widersetzt, die besetzten Gebiete zu verlassen, wie Reuters berichtet.

Zakaria Malahifdschi von der radikalen Gruppierung „Festakim“ sagte, dieser Vorschlag werde erst gar nicht in Erwägung gezogen. Die Kämpfer würden die Stadt nicht abgeben.

„Festakim“ steht in Verbindung zu den Gruppierungen Ahrar asch-Scham und Dscheisch al-Islam, die ihrerseits mit der Al-Nusra Front kooperieren.

Laut der Agentur SANA rief das Kommando der syrischen Armee trotzdem alle Kämpfer erneut dazu auf, die humanitäre Pause doch dazu zu nutzen, die Stadt zu verlassen. „Das Armeekommando ruft alle Kämpfer in Ostaleppo dazu auf, die Kampfhandlungen einzustellen und die humanitäre Pause zu nutzen, um die Stadt mit den persönlichen Waffen über den Grenzkontrollpunkt Castello und den Markt Al-Heir in Richtung Idlib zu verlassen“, zitiert die Agentur die Erklärung des syrischen Kommandos....

Dnr-online.ru: Am 1. November fand im „Russischen Zentrum“ der Donezker

republikanischen wissenschaftlichen Krupskaja-Bibliothek auf Initiative des Kulturministeriums der DVR eine Besprechung mit Vertretern der national-kulturellen Vereinigungen der DVR statt, die der Diskussion von vorläufigen Ergebnissen der Arbeit im Jahr 2016 und der Pläne für 2017 diene.

„Ich will Ihnen allen für Ihre Arbeit danke. Im Jahr 2016 wurden mit den Kräften der national-kulturellen Vereinigungen verschiedene kulturelle Massenveranstaltungen durchgeführt. Unter anderem ist das der Tag der Muttersprache – ein bunter Feiertag mit Ausstellungen von nationaler Kleidung, mit Volksliedern und Tänzen. Ein großes Literaturfest, an dem alle aktiv teilgenommen haben, war der Tag der russischen Sprache. Ich möchte besonders denen danken, die besonders aktiv sind, dies sind unter anderem die russische gesellschaftliche Bewegung „Gib Gutes“, die weißrussische, die griechische, die polnische, die Roma-, die armenische Gemeinschaft“, sagte die leitende Spezialistin des Bereichs Nationalitäten und Religionen des Kulturministeriums der DVR Wiktorija Kamynina. An der Veranstaltung nahmen Vertreter der russischen, der Roma-, der polnischen, der griechischen, der vietnamesischen, der armenischen national-kulturellen Vereinigungen teil sowie Vertreter des wissenschaftlichen Forschungszentrums „Ost-West“. Die Teilnehmer der Versammlung berichteten über die Ergebnisse ihrer Aktivitäten im vergangenen Jahr und tauschten Pläne für die nächste Zukunft aus.

„Von uns wurde ein Monitoring der Zahl der national-kulturellen Vereinigungen durchgeführt, die auf dem Territorium der DVR aktiv sind. Im Jahr 2015 waren es 64 national-kulturelle Vereinigungen, im Verlauf des Jahres 2016 kamen noch zehn dazu. Dies freut uns sehr und zeugt davon, dass die Einwohner weiterhin in die Republik zurückkehren und beginnen aktiv zu werden“, unterstrich Kamunina.

Ukrinform: Die nächste Gesandtschaft des Internationalen Währungsfonds (IWF) komme am 3. November in die Ukraine, teilte der ukrainischen wirtschaftlichen Internetzeitung epravda.com.ua ein Gesprächspartner im Finanzministerium der Ukraine mit.

„Sie (Delegation) kommt am Donnerstag, 3. November, und wird sich zwei Wochen lang aufhalten“, sagte der Gesprächspartner.

Früher war geplant, dass die Delegation des Internationalen Währungsfonds in die Ukraine am 26. Oktober im Rahmen der nächsten Überprüfung des Reformprogramms kommt, die im März letzten Jahres verabschiedet wurde.

Am 14. September hatte der Internationale Währungsfonds beschlossen, der Ukraine die dritte Tranche von \$ 1 Milliarde im Rahmen des Programms der erweiterten Finanzierung EFF zu gewähren.

De.sputniknews.com: Assad: USA schuld an Bruch der Waffenruhe - Regierungsarmee absichtlich angegriffen

Die US-Regierung sowie westliche Staaten tragen die volle Verantwortung für den Bruch der letzten Waffenruhe in Aleppo, wie der syrische Präsident Baschar Assad im Interview der serbischen Zeitung „Politika“ sagte.

„Die USA tragen die Verantwortung nicht nur für den Bruch der letzten Waffenruhe, sondern auch sämtlicher früherer Versuche, für das Scheitern der politischen Prozesse und Verhandlungen“, so Assad.

Washington fordere ihm zufolge nur dann eine Waffenruhe, wenn es für die Terroristen günstig sei, um sich umzugruppieren oder ihnen Hilfe zu leisten. „Wenn dies nicht funktioniert, fordern sie die Terroristen dazu auf, die Feuerpause zu brechen“, so der syrische Präsident weiter.

Der Angriff der US-gesteuerten Militärkoalition auf die Regierungstruppen im Raum Deir ez-Zor seien ebenso Absicht gewesen.

„Die Attacke der amerikanischen Luftwaffen ist Absicht gewesen, da sich die Kräfte des Islamischen Staates (IS, auch Daesh) angesichts der Kooperation zwischen Syrien, Russland

und dem Iran fast erschöpft haben. Darüber hinaus hatte ‚Dschabhat al-Nusra‘, die mit Al-Quaida verbunden ist, in vielen Gebieten Syriens eine Niederlage erlitten. Deswegen wollten die Amerikaner die syrische Armee um ihre Siegeslage bringen“, sagte Assad.

Die USA streben eine Entmachtung von Syriens Präsident Maschar al-Assad an und drohten ihm in den vergangenen Jahren mehrmals mit militärischer Gewalt. Am 17. September bombardierte die US-gesteuerte Militärkoalition im Raum Deir ez-Zor die syrischen Regierungstruppen — angeblich aus Versehen — und tötete dabei mehr als 60 Soldaten. Am 3. Oktober hatte Washington die gemeinsamen Bemühungen mit Russland um Frieden in Syrien abgebrochen.

In Syrien herrscht seit 2011 ein Krieg, der laut Uno-Angaben bereits mehr als 280.000 Todesopfer gefordert hat. Den Regierungstruppen von Präsident Baschar al-Assad stehen vom Westen unterstützte Rebellen, aber auch die islamistischen Terrormilizen Daesh (auch Islamischer Staat, IS), al-Nusra-Front und andere gegenüber.

**Ukrinform: In der Region Lwiw ist ein neues Erdgas-Vorkommen entdeckt worden. Das erklärte Präsident der Ukraine, Petro Poroschenko, bei der Eröffnungszeremonie einer Gasanlage in der Region, berichtet ein Korrespondent von Ukrinform. „Das ist ein großer Erfolg, ein Sieg. Die Gasförderung ist eine Priorität für die Staatsführung“, sagte der Staatschef.**

De.sputniknews.com: Schock für Kiew: EU erlaubt Gazprom verstärkte Gastransporte – um Ukraine herum

Der ukrainische Gasversorger Naftogaz hat schockiert darauf reagiert, dass die EU-Kommission dem russischen Gaskonzern Gazprom eine Steigerung der Gaslieferungen über die Pipeline OPAL – unter Umgehung der Ukraine – genehmigt hat. Wie Naftogaz-Chef Andrej Kobolew gegenüber Bloomberg sagte, soll diese Situation nun geregelt werden.

„Das war für uns ein Schock“, so Kobolew. Diese Entscheidung „schadet nicht nur beträchtlich den finanziellen Positionen von Naftogaz, sondern auch dem ganzen Land“. Der ukrainische Gasversorger sei nun bereit, die Bedingungen einer Zusatzvereinbarung mit Gazprom zu erörtern. Allerdings hoffe man bei Naftogaz, dass die bisher angesammelten 14,5 Millionen Kubikmeter in den Gasspeichern der Ukraine ausreichend seien, um in der beginnenden Wintersaison den Inlandbedarf zu decken – unabhängig von den Verhandlungen mit Gazprom.

„Das ist ein gutes Niveau, das uns darin bestärkt, dass wir unabhängig vom Ausgang der Verhandlungen mit verschiedenen Seiten stets eine Quelle zur Erfüllung der Nachfrage in diesem Winter finden werden“, versicherte Kobolew.

Am 28. Oktober hatte die EU-Kommission bekräftigt, dass sie Gazprom erlaubt habe, die Kapazitäten der OPAL-Pipeline, die die Nord Stream-Pipeline mit Mittel- und Westeuropas verbindet, in größerem Umfang zu nutzen. Ursprünglich durfte Gazprom nur 50 Prozent der OPAL-Kapazitäten nutzen und nicht mehr als 18 Milliarden Kubikmeter Gas pro Jahr in diese Pipeline pumpen. Laut der Entscheidung der EU-Kommission kann Gazprom nun an Auktionen zur Auslastung dieser Pipeline teilnehmen, was bedeutet, dass der Konzern für weitere 7,7 bis 10,2 Milliarden Kubikmeter Gas Zugang zur Pipeline bekommen wird. Das sind zusätzlich 21,4 bis 28,3 Prozent der Pipeline-Kapazitäten.

**Lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben die beschädigte Brücke bei Staniza Luganskaja und die Positionen der Volksmiliz in diesem Gebiet beschossen, um die Vorbereitungen für die Reparatur zum Scheitern zu bringen. Dies erklärte der Leiter des Checkpoints der Volksmiliz an der Kontaktlinie bei Staniza Luganskaja Nikolaj Kusmin.**

**Er erinnerte daran, dass einer der wichtigsten Bedingungen für den Beginn der**

Wiederaufbauarbeiten eine strenge Einhaltung des „Regimes der Ruhe“ im Gebiet der Brücke ist.

„Um 20:15 (2.11.) begann ein Beschuss des Checkpoints „Brücke“, der sich bis 00:10 hinzog. In dieser Zeit wurden etwa 30 Schüsse mit Panzertechnik, 12 Schüsse mit Antipanzergrenatwerfern abgegeben, es wurde mit Granatwerfern und großkalibrigen Schusswaffen geschossen. Es gab Mörsergeschosse des Kalibers 82mm. Es gibt direkte Treffer und zahlreiche Beschädigungen“, berichtete der Leiter des Checkpoints. Die Folgen des nächtlichen Beschusses des Checkpoints der LVR bei Staniza Luganskaja wurden durch Vertreter des Gemeinsamen Zentrums zur Kontrolle und Koordination und der OSZE-Mission registriert.

„Die Ursachen des Geschehens liegen in dem Unwillen, die Reparatur der Brücke zuzulassen und den Menschen das Überschreiten zu vereinfachen“, meint Kusmin.

„Wie die Erfahrung zeigt, halten sich die Soldaten der Ukraine, die sich hier befinden, überhaupt nicht an irgendwelche Befehle“, fügte er hinzu.

Der Leiter des Checkpoints erinnerte daran, dass seinerzeit gerade ukrainische Soldaten diese Brücke über den Sewerskij Donezk Anfang des Frühjahrs 2015 zerstört haben.

„Trotzdem hat heute der Betrieb des Passierpunkts in normaler Art begonnen. Der nächtliche Beschuss hat sich nicht auf die Passiermöglichkeiten ausgewirkt“, unterstrich Kusmin.

De.sputniknews.com: Aleppo: Russische Militärexperten untersuchen C-Waffen-Einsatzgebiet

Militärexperten des russischen Forschungszentrums der Truppen für Strahlungs-, chemischen und biologischen Schutz sind am Donnerstag im syrischen Aleppo eingetroffen, um Proben im Gebiet eines möglichen C-Waffen-Einsatzes durch Extremisten zu entnehmen, wie der Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums, Igor Konaschenkow, mitteilte.

„Die Experten verfügen über alle nötigen technischen Mittel für eine Schnellanalyse, die Entnahme von Proben und deren Transport nach Russland. Die in Aleppo gefundenen giftigen Chemikalien und ihre Zerfallsprodukte werden in dem von der Organisation für das Verbot chemischer Waffen OPCW akkreditierten Labor für chemisch-analytische Kontrolle beim Forschungszentrum der Truppen für Strahlungs-, chemischen und biologischen Schutz geprüft“, so Konaschenkow.

Dem Verteidigungsministerium zufolge sollen die Extremisten, die in diesen Tagen um jeden Preis den äußeren Abwehring der syrischen Armee in Aleppo durchbrechen wollen, mehrmals chemische Kampfstoffe eingesetzt haben. Außerdem waren beim Einsatz von C-Waffen durch Extremisten am 30. Oktober im Südwesten Aleppos zwei syrische Soldaten getötet worden. 37 Zivilisten hatten Vergiftungen verschiedenen Grades erlitten.

Derweil fliegen weder die russische noch die syrische Luftwaffe seit bereits 18 Tagen im Raum von Aleppo. Die Kampfjets der US-geführten Koalition, darunter strategische Bomber vom Typ B-52H, hätten am Mittwoch 23 Flüge absolviert und 14 Luftangriffe auf dem irakischen Mossul nahe gelegene Ortschaften geflogen.



<https://cdnde2.>

[img.sputniknews.com/images/30896/31/308963183.jpg](http://img.sputniknews.com/images/30896/31/308963183.jpg)

### **Nachmittags:**

Ukrinform: Das Freihandelsabkommen zwischen Kanada und der Ukraine werde zur Intensivierung der Handelsbeziehungen zwischen den Unternehmern beider Länder beitragen, erklärte die kanadische Ministerin MaryAnn Mihychuk, berichtet der Ukrinform-Korrespondent.

„Das Abkommen wird unsere Geschäftsbeziehungen verbessern. Im praktischen Sinne schafft es Möglichkeiten für Unternehmer aus Kanada und der Ukraine, wesentlich aktiver zusammenzuarbeiten und zur wirtschaftlichen Entwicklung beider Länder beizutragen“, sagte Mihychuk.

Sie betonte besonders den Teil des Abkommens, der die Arbeitsrechte anbelangt.

„Das Abkommen mit der Ukraine umfasst zum ersten Mal den progressiven Teil über die Arbeitsrechte, auf die wir stolz sind. Es garantiert ein gewisses Niveau der Arbeitsstandards, die Aussetzung von Kinderarbeit u.a. Dieses Abkommen ist ein Beispiel für unsere zukünftigen Handelsabkommen“, betonte die Ministerin.

Das Freihandelsabkommen zwischen der Ukraine und Kanada wurde Anfang Juli während eines Besuchs von Justin Trudeau in der Ukraine unterzeichnet. Es sieht die Abschaffung von 99 % Zölle und Gebühren beim Handel vor. Die Verhandlungen über das Abkommen führte man ungefähr 10 Jahre lang und sie wurden während der Präsidentschaft von Janukowitsch eingefroren.

De.sputniknews.com: Nase voll von US-Militärschrott? Kiewer Rüstungskonzern „shoppt“ in Russland – TV

Das Tochterunternehmen des ukrainischen staatlichen Rüstungskonzerns „Ukroboronprom“ kauft nun über britische Zwischenhändler russische Ersatzteile für die eigene Panzertechnik ein, wie der TV-Sender Hromadske unter Berufung auf eigene Recherchen berichtet.

Die Firma „Ukrinmasch“ kaufte demnach für sowjetische Schützenpanzerwagen BTR-70 Gleisketten sowie Triebwerke aus russischer Produktion ein. Als offizieller Lieferant trat dabei

die britische Firma „Rion Assets Company LTD“ mit einem Bankkonto in Lettland auf, so Hromadske.

Als Direktorin der Firma gelte rein formell eine Bürgerin der Seychellen, doch in Wirklichkeit sollen Kiewer Bürger dahinter stecken. Als Postanschrift sei in den Dokumenten eine Wohnung in der ukrainischen Hauptstadt angegeben.

Wie aus den Dokumenten hervorgeht, kaufte Ukrinmasch bei dem britischen Zwischenhändler 20 Gleisketten aus russischer Herstellung im Wert von insgesamt 121.000 Dollar. Für die 20 russische Triebwerke soll das Unternehmen 160.000 Dollar ausgegeben. Der Preis eines Triebwerks beträgt demnach 8.000 Dollar bei einem normalen Durchschnittspreis von etwa 3.000 Dollar, behauptet der TV-Sender.

Im Mai hatte sich der Sekretär des Rates für nationale Sicherheit und Verteidigung der Ukraine, Alexander Turtschinow, über ein Defizit letaler Waffen im Land beschwert. Er erklärte damals, dass Waffenlieferungen an die Armee komplett die ukrainische Rüstungsindustrie ausführt, aber das sei „für den Widerstand gegen den Aggressor nicht ausreichend“.

Kiew wendet sich immer wieder mit der Bitte an den Westen, die Militärhilfe für das Land zu erhöhen und mehr tödliche Waffen zur Verfügung zu stellen.



<https://cdnde>

[2.img.sputniknews.com/images/30134/71/301347193.jpg](https://img.sputniknews.com/images/30134/71/301347193.jpg)

Ukrinform: Mit den Änderungen zum Gesetz „Über Grundlagen der staatlichen Aufsicht (Kontrolle) im Wirtschaftsbereich“ hat das ukrainische Parlament das Aufsichtssystem des Staates vereinfacht.

Mit dem Gesetz werde ein neues Modell der staatlichen Aufsicht eingeführt, die die Gesellschaft von Gefahren schützen, aber Korruptionsrisiken vermeiden solle, sagte der Vorsitzende des parlamentarischen Ausschusses für Industriepolitik und Unternehmertum Wiktor Halasjuk. Ihm zufolge würde die Zahl und Dauer der Prüfungen reduziert. Es werde ein automatisiertes System der staatlichen Aufsicht und Kontrolle eingeführt, in dem alle Prüfungen und ihre Ergebnisse angegeben werden.

Lug-info.com: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Major Andrej Marotschko (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

„Im Zusammenhang mit den sich häufenden Verletzungen der militärischen Disziplin in den ukrainischen Streitkräften wurden in einer Reihe von Abteilungen Kontrollen der übergeordneten Stäbe veranlasst“, sagte Marotschko.

„Es wurde bekannt, dass im 3. Bataillon der 93. Brigade eine Kommission zur Aufdeckung

von Rechtsverletzungen im Zusammenhang mit Unterschlagung und Verkauf von Treibstoffen, sonstigem Eigentum und Lebensmitteln sowie mit unfreiwilligen Spendensammlungen durch die Kommandeure beim Personal eingetroffen ist“, teilte er mit. Das ukrainische Kommando verstärkt weiter die Positionen an der Kontaktlinie mit Abteilungen der ukrainischen Armee, darunter auch nationalistisch eingestellten.

„So sind in Mironowka einige Gruppen von Abteilungen aus dem „Rechten Sektor“ eingetroffen“, teilte Marotschko mit.

„Ebenfalls sind auf den Positionen der ukrainischen Streitkräfte beim KPP „Staniza Luganskaja“ Soldaten einer Spezialeinheit der 3. operativen Brigade der Nationalgarde der Ukraine eingetroffen“, fügte der Vertreter der Volksmiliz hinzu.

„Das gestrige Scheitern des Abzugs der ukrainischen Truppen im Gebiet des genannten Orts ist mit einer Verschärfung der Unzufriedenheit der örtlichen Einwohner verbunden, die gegen das Polizeiregime der Kiewer Okkupanten protestieren und bereit sind zum Übergang unter die Jurisdiktion der LVR. Deshalb hat das Kommando der sogenannten „ATO“ beschlossen, schnell die Anwesenheit von faschistischen Formationen der Nationalgarde und von Ukronazisten in den umliegenden Bezirken zu verstärken“, unterstrich er.

„Im Gebiet von Krymskoje im Slawjanoserbskij-Bezirk ist eine Abteilung des ukrainischen nationalistischen Bataillons „Saporosher Setsch“ eingetroffen. Es ist bekannt, dass das Personal dieses Bataillons gut ausgerüstet ist, einheitliche Uniformen und Schusswaffen ausländischer Herkunft hat, mit Nachtsichtgeräten und Infrarotsichtgeräten ausgestattet ist. Für die Fortbewegung benutzt die Abteilung Geländefahrzeuge, die über Schutzschilde verfügen und mit großkalibrigen Maschinengewehren ausgestattet sind“, sagte Marotschko.

„Unsererseits will ich sagen, dass wir bereit sind zu einer Lösung des Konflikts im Donbass auf friedlichem Weg und dass wir die Minsker Vereinbarungen sorgfältig einhalten. Aber im Fall ihres Bruchs durch die ukrainische Seite und einer Verschärfung der Lage behält sich die Volksmiliz der LVR das Recht vor, mit entschiedenen Handlungen die von den Kiewer Banditen besetzten Territorien zu befreien“, fügte er hinzu.

De.sputniknews.com: Moskau: USA griffen Zivilisten und Moschee bei Mossul an  
Die US-Luftwaffe hat vor wenigen Tagen mehrere Luftschläge auf die Stadt Hamam el-Elil nahe dem irakischen Mossul geflogen, wie Russlands Generalstabschef Sergej Rudskoj am Donnerstag sagte. Dabei sollen vor allem Zivilisten verletzt und auch eine Moschee beschädigt worden sein.

„Die USA setzen ihre Raketen- und Bombenangriffe auf Wohnviertel sowohl in Mossul als auch in anderen Ortschaften der irakischen Provinz Nainawa fort. Am 26. Oktober haben US-Kampffjets Wohnviertel im Stadtzentrum von Hamam el-Elil bombardiert, das 20 Kilometer südöstlich von Mossul liegt“, so Rudskoj.

Ihm zufolge wurden auch dicht besiedelte Wohnviertel nur 14 bzw. neun Kilometer von Mossul entfernt aus der Luft angegriffen.

Als Beleg für diese Aussagen legte der russische Generalstabschef ein Satellitenbild von den Folgen des US-Luftangriffes auf die irakische Stadt Tell-Kaif bei Mossul vor. Das Bild zeige eine durch Splitter und Detonationswelle beschädigte Schule, so Rudskoj.

Beim vorherigen Pressegespräch hatte Rudskoj gesagt: „Ein taktisches Kampfflugzeug der US-Luftwaffe hat am 24. Oktober eine Schule in Tell-Kaif, 14 Kilometer nördlich von Mossul, mit Bomben und Raketen angegriffen“. Es habe mehrere Tote und Verletzte gegeben.

Die irakische Armee, unterstützt von kurdischen Peschmerga-Einheiten, regierungstreuen Milizen und US-Truppen sowie Kampfflugzeugen der Anti-IS-Koalition, hatte am 17. Oktober eine Großoffensive auf die zweitgrößte irakische Stadt Mossul gestartet. Die Terrormiliz Daesh hatte seit Juni 2014 die strategisch wichtige Millionenstadt beherrscht.

[Dnr-online.ru/youtube-Seite des Verteidigungsministeriums der DVR:](http://Dnr-online.ru/youtube-Seite%20des%20Verteidigungsministeriums%20der%20DVR)  
[Pressekonferenz des stellvertretenden Kommandeurs des operativen Kommandos der DVR](#)

Eduard Basurin (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

In den letzten 24 Stunden hat sich die Lage in der DVR **nicht verändert**.

Die ukrainischen Soldaten haben **403 Mal** das Regime der Feueereinstellung verletzt. Auf das Territorium der Republik wurden 22 Artilleriegeschosse, davon 20 des Kalibers 152mm, 260 Mörsergeschosse des Kalibers 120 und 82mm abgeschossen. Außerdem wurde mit Panzergeschützen, Granatwerfern, Panzertechnik und verschiedenen Arten von Schusswaffen geschossen.

Mit Artillerie wurden die folgenden Orte beschossen: **Schirokaja Balka, Oserjanowka, Sajzewo, Jasinowataja, Shabitschewo, Leninskoje, Kominternowo, Sachanka und der Petrowskij-Bezirk von Donezk.**

Die Befehle zur Eröffnung des Feuers erteilten die Kriegsverbrecher Pantschenko, Brusow, Schaptala, Mazejko, Nikoljuk, Sokolow und Deljatizkij.

Die größte Zahl von Artillerie- und Mörsergeschossen wurde vom Gegner auf die Ortschaften im Süden der Republik abgeschossen. In der Folge von Beschüssen von Kominternowo erfolgte ein Brand am Dach des Hauses Nr. 3 in der Kirow-Straße.

Ebenfalls wurden in der Folge von Mörserbeschuss des Petrowskij-Bezirks von Donezk drei Häuser auf der Gorkij- und der Schewtschenko-Straße beschädigt.

Unsere Aufklärung stellt weiterhin die Stationierung von durch die Minsker Vereinbarungen verbotenen Waffen der ukrainischen Streitkräfte in der Nähe der Kontaktlinie fest. So wurde im Gebiet von Kalinowka, 12 km von der Kontaktlinie, die Stationierung von Feuerpositionen von drei 122mm-Artilleriegeschützen „Gwosdika“ und sechs Panzern bemerkt.

Die Kontrollkommission unter Leitung des Sekretärs des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrats der Ukraine Turtschinow setzt ihre Tournee durch die von ihnen geschaffene Zone der sogenannten „ATO“ fort.

Jetzt hat dieses harte Schicksal die 30. mechanisierte Brigade getroffen, in der wie in allen, mit der Versorgung mit Material nicht alles in Ordnung ist. Die bisher nicht zu den Abteilungen gelangte Winterausrüstung müssen die Soldaten der ukrainischen Streitkräfte auf ihre Kosten kaufen. Denn die Pflicht jedes Kommandeurs der ukrainischen Streitkräfte ist es, seine Abteilung darzustellen. Dort sieht man einen Stern glitzern, vielleicht auf dem Schulterstück oder auf der Brust. Und dass es keine Versorgung gibt, das ist nicht ihre Aufgabe.

Uns wurden Fälle von Übergriffen von Nationalisten auf die örtlichen Einwohner in Prawdowka bekannt, dessen Bevölkerung zu 60-70% aus Frauen besteht. Dort sind, was ich schon zuvor mitgeteilt hatte, am 30. Oktober Kämpfer des „Rechten Sektors“ eingetroffen, die nun mit mehr als 100 Mann „Säuberungen“ unter Einwohnern, die irgendeine Beziehung zur DVR haben, durchführen. Sie jagen Menschen auf die Straße und zwingen sie unter Androhung von Erschießung, nationalistische Losungen zu rufen. Außerdem stellt man Artilleriegeschütze auf die zentralen Straßen der Ortschaft und führt damit Schüsse durch, um den örtlichen Einwohnern direkt zu drohen.

Diese Dinge wurden auch in den Orten Nelepowka und Ishewka festgestellt, wo die Abteilungen der 53. Brigade versuchen schwere Waffen und Panzertechnik zu verstecken, indem sie sie in den Höfen der örtlichen Einwohner unterbringen. So verstecken sich die Ukronazisten hinter der örtlichen Bevölkerung und zeigen ihre Unterstützung der faschistischen Ideologie und ihre Neigung zu terroristischen Aktivitäten.

Ukrinform: Der Charkiwer Stadtrat hat Einwohner wegen einer erhöhten Terrorgefahr zur Vorsicht aufgerufen. Der Rat beruft sich auf Information der regionalen Abteilung des Sicherheitsdienstes der Ukraine SBU.

In einem Appell an die Einwohner, der auf der Webseite des Stadtrates veröffentlicht wird, heißt es, dass Vertreter der prorussischen politischen Strukturen über soziale Netzwerke zu Massenprotesten in der Region im Zeitraum vom 4. bis 20. November aufrufen. Die Proteste seien am russischen Nationalfeiertag „Tag der Einheit des Volkes“, am 4. November und am 19. November, im Rahmen der Aktion „Protest gegen Kommunaltarife“ geplant.

Der Stadtrat rät Menschen zur Vorsicht und Aufmerksamkeit, besonders an Orten, wo sich

viele Menschen versammeln. Sie sollten auch verdächtige Gegenstände und Personen beim SBU melden.

(Wir erinnern daran, dass die bewaffneten Strukturen der Volksrepubliken des Donbass vor einigen Tagen meldeten, der SBU bereite Terroranschläge in der Metro vor, um sie dann den VR in die Schuhe zu schieben - Anm. d. Übers.)

De.sputniknews.com: Aleppo: Dutzende Verletzte durch Terroristen-Angriff auf Studenten  
In Aleppo haben die Terrorkämpfer Studenten eines philologischen Bereiches unter Beschuss genommen, wie der libanesische Sender Al Mayadeen meldet.

Bei dem Anschlag sind laut der Meldung Dutzende Studenten verletzt worden. Es gebe mindestens einen Toten. Die Terroristen haben nach Angaben des Senders Hohlspitzgeschosse verwendet, die eine erhöhte verletzende Kraft haben und tief in den Körper eindringen können. Diese Geschossart sei bei der Kampfführung als „besonders brutal“ völkerrechtlich verboten.

Die Dschihadisten beschießen laut dem russischen Generalstabschef Sergej Rudskoj immer wieder den Westen von Aleppo. Allein in der vergangenen Woche habe es 64 Angriffe gegeben, bei denen 127 Einwohner getötet und 254 verletzt worden seien.

Außerdem waren beim Einsatz von C-Waffen durch Extremisten am 30. Oktober im Südwesten Aleppos zwei syrische Soldaten getötet worden. 37 Zivilisten hatten Vergiftungen verschiedenen Grades erlitten.

Dan-news.info: „Gegen 15:45 haben die ukrainischen Truppen begonnen, **Sachanka** zu beschießen. Es wird mit Granatwerfern und Panzertechnik geschossen“, teilte eine Quelle aus den militärischen Einrichtungen der DVR mit.

Nach Angaben der Quelle wurden während des Tags vom Gegner auch das **Gewerbegebiet zwischen Awdejewka und Jasinowataja** und **Alexandrowka** im Westen von Donezk beschossen. Auf diese wurden etwa 20 Mörsergeschosse der Kalibers 82 und 120mm abgeschossen.

De.sputniknews.com: Syrische Opposition gesteht Kooperation mit Terroristen  
Laut einem Anführer der äußeren syrischen Opposition kooperieren gemäßigte Gruppierungen zwangsweise mit Terroristen in Aleppo, wie die russische Tageszeitung „Iswestija“ am Donnerstag schreibt.

„Die Bevölkerung, die sich in den östlichen Gebieten Aleppos weiterhin unter Belagerung befindet, und die bewaffnete Opposition, die versucht, sie zu schützen, haben keine andere Wahl, als die Hilfe der islamistischen Extremisten anzunehmen“, sagte ein Anführer des Obersten Verhandlungsausschusses Syriens, Haled Hodscha. Es handle sich dabei vor allem um die Terrorgruppierung Dschebhat an-Nusra.

In Russland und Syrien war die Äußerung des syrischen Oppositionellen nichts Neues. Wie der stellvertretende Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des Föderationsrats (russisches Oberhaus), Wladimir Dschabarow, betonte, zeigen die Worte Hodschas die anhaltenden Verbindungen zwischen den gemäßigten Oppositionellen und Terroristen und den fehlenden Wunsch der bewaffneten Gruppierungen, Auswege aus dem Konflikt in Aleppo zu suchen.

„Wir beobachten den Prozess der Verflechtung der Extremisten mit der gemäßigten Opposition. Was bedeutet, sie hätten keine Wahl? Sollen sie sich doch an die Amerikaner wenden und sie darum bitten, ihnen dabei zu helfen, sich von Dschebhat an-Nusra zu distanzieren. Aber das tun sie nicht. Stattdessen nimmt die Opposition die Hilfe der Extremisten an und kämpft auf deren Seite, beschießt Wohnviertel in Aleppo, tötet friedliche Einwohner, die durch humanitäre Korridore abziehen wollen. Ihre Verbrechen decken sie mit

den Verkündigungen, dass sie angeblich keine Wahl hätten“, sagt Dschabarow. Derweil rufe Russland ein Regime der Stille aus und eröffne Korridore für die friedliche Bevölkerung und bewaffnete Extremisten, die von letzteren jedoch kaum genutzt würden. Doch so werde es nicht lange weitergehen. Zu einem bestimmten Zeitpunkt werde die Offensive auf die eingekesselten Viertel der Stadt wiederaufgenommen und die russischen und syrischen Luftstreitkräfte werden wieder Angriffe auf Extremisten fliegen, so Dschabarow.

Arabische Medien berichten in den letzten Tagen tatsächlich über einen verstärkten Beschuss der westlichen Gebiete Aleppos, die von der syrischen Armee kontrolliert werden. Dies führte zu Dutzenden Opfern unter den friedlichen Einwohnern....

**Dnr-news.com: Die DVR und Südossetienunterzeichnen ein Memorandum zur Zusammenarbeit im Bereich der Massenkommunikation**  
Der Ausschuss für Kommunikation und Massenkommunikation der Republik Südossetien und das Kommunikationsministerium der Donezker Volksrepublik werden am 5. November ein Memorandum über die Zusammenarbeit im Bereich der Informationstechnologie unterzeichnen. Dies erklärte man im Presse-Zentrum des Außenministeriums der DVR. „Am Samstag, dem 5. November, wird die Unterzeichnung der ersten internationalen interministeriellen Vereinbarung zwischen dem Ministerium für Kommunikation der DVR und dem Komitee für Kommunikation und Massenkommunikation der Republik Südossetien zur Zusammenarbeit in den Bereichen Kommunikation, Informationstechnologie und Massenkommunikation stattfinden“, gab die Behörde bekannt.



[http://dnr-news.com/uploads/posts/2016-11/thumbs/1478172296\\_mid\\_logo18\\_glhbetv\\_v3izj3v.jpg](http://dnr-news.com/uploads/posts/2016-11/thumbs/1478172296_mid_logo18_glhbetv_v3izj3v.jpg)

De.sputniknews.com: Doping ist jetzt in Russland eine Straftat  
Die russische Staatsduma (Parlamentsunterhaus) hat am Donnerstag in zweiter und dritter Lesung ein Gesetz verabschiedet, welches eine strafrechtliche Ahndung für Doping vorsieht. Laut dem neuen Gesetz sollen Trainer, die Sportler zur Einnahme von Doping ermutigen, mit einer Strafe von bis zu 300.000 Rubel (umgerechnet etwa 4000 Euro), Berufsverbot für bis zu drei Jahren oder einem Jahr Freiheitsentzug belegt werden.  
Das Gesetz sieht zudem Strafmaßnahmen für Ärzte vor, die Dopingmittel einsetzen, egal ob mit oder ohne Zustimmung des Sportlers. Zu den drohenden Maßnahmen gehören eine Geldbuße in Höhe von einer Million Rubel (etwa 14.000 Euro), Berufsverbot für bis zu vier

Jahren oder ein Jahr Freiheitsentzug.

Wenn die Einnahme von Doping fahrlässige Tötung oder andere schwere Folgen herbeiführt, drohen den Verantwortlichen sogar drei Jahr Haft und ein Berufsverbot für fünf Jahre.

Ukrinform: Der Präsident der Ukraine, Petro Poroschenko, habe im Gebiet Lwiw an der Eröffnung der Fabrik „Bader Ukraine“ teilgenommen, die die Zusatzteile für deutsche Autos Audi und Volkswagen produziert, ist auf der Facebook-Seite des Präsidenten gemeldet. „Alle denken, dass Audi und Volkswagen in Deutschland hergestellt werden. Aber sie irren sich, der Löwenanteil des Beitrags zu ihrer Herstellung gehört der Ukraine. Eines solcher Werke „Bader Ukraine“ eröffnen wir heute in der Region Lwiw“, ist in der Meldung angegeben.

De.sputniknews.com: Nach Erdbeben-Verlusten: Italienische Firmen bitten Putin um Embargo-Stopp

Geschäftsleute aus den Regionen Marken und Umbrien, die am stärksten von den jüngsten Erdbeben in Zentralitalien betroffen sind, haben Russlands Präsident Wladimir Putin gebeten, die russischen Gegensanktionen wenigstens zeitweise aufzuheben. Dies sagte der Vorsitzende der Handelskammer von Pesaro und Urbino, Alberto Drudi, gegenüber RIA Novosti.

Die entsprechende Bitte formulierte Drudi nach eigenen Angaben zusammen mit dem Präsident der Handelskammer der Provinz Perugia, Giorgio Mencaroni, in einem Brief an Russlands Staatschef Putin. Am Donnerstag soll das Dokument der russischen Botschaft in Italien übergeben werden.

„Die Zusammenarbeit unserer Unternehmen mit den russischen Kollegen hat eine lange Geschichte. In den letzten 20 bis 30 Jahren konnten wir wirklich enge Beziehungen aufbauen, die zu einer echten Wirtschaftsrealität wurden“, so Drudi. „Natürlich schaden die EU-Sanktionen und Gegensanktionen von Russland diesen Kooperationen; und wir haben schon mehrmals von der Notwendigkeit ihrer Aufhebung gesprochen.“

Allein in den ersten sechs Monaten des laufenden Jahres hätten in der Provinz Pesaro und Urbino tätige Unternehmen 35 Prozent ihrer Exporte nach Russland verloren und dadurch einen Schaden im Wert von 88 Millionen Euro erlitten. Fast 44.000 Unternehmen gibt es laut Drudi in der Provinz, vor allem nach den verheerenden Erdbeben befinde sich das Gebiet nun aber in einer sehr schwierigen Lage: viele Gebäude seien zerstört, Menschen mussten ihre Häuser verlassen und nicht selten sogar in Autos übernachten.

„Genau deswegen sind wir auf die Idee gekommen, die von beiden Seiten verhängten Sanktionen zumindest zeitweise einzustellen“, so Drudi. „Jemand muss doch den ersten Schritt machen. Diese Sanktionen stören unsere Beziehungen sehr. Wir hoffen, dass es gelingen wird, sie doch zu überwinden“, schloss der Handelskammer-Vorsitzende.

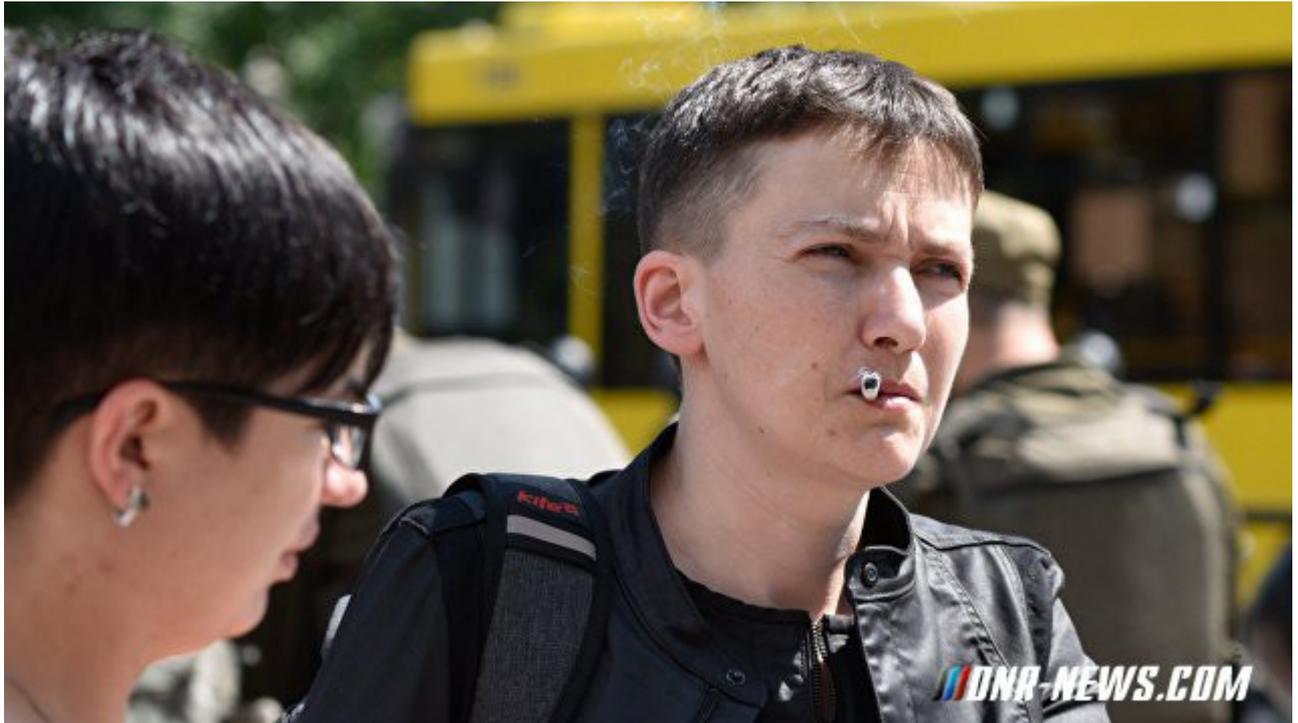
Die Beziehungen zwischen Russland und dem Westen hatten sich nach dem Beginn des Ukraine-Konflikts deutlich verschlechtert. Die EU und die USA gingen im Juni 2014 von Einzelsanktionen gegen Privatpersonen und Unternehmen zu einschränkenden Maßnahmen gegen ganze Sektoren der russischen Wirtschaft über. Im Gegenzug erließ Moskau ein Einfuhrverbot für Lebensmittel aus den Ländern, die Sanktionen gegen Russland verhängt hatten.

Dnr-news.com: Sawtschenko schlug demonstrierenden Anlegern vor, nicht zu „maidanieren“, sondern zu ihren Regierungsbeamten nach Hause zu gehen

Die Abgeordnete der Obersten Rada von der Vaterlandspartei Nadeshda Sawtschenko riet den demonstrierenden Anlegern der bankrotten Bank „Michailowski“ zu den Häusern der Regierungsbeamten zu ziehen.

„Schlagt die Karte von Kiew auf und schaut, wo sich in der Nähe von Kiew ihre Immobilien befinden, wenn ihr wollt, dass sie euch hören, dann müsst ihr dorthin gehen, denn hier (auf dem Maidan – Anm. d. Red.) wird euch leider niemand zuhören. Deshalb müsst ihr zu ihren Häusern gehen und an die Türen klopfen. Ihr kommt einfach und klopft höflich an die Tür: Sie haben uns bestohlen, wir sind zu Ihnen ins Haus gekommen. Wenn ihr weiterhin auf dem Maidan steht, wird es nur damit enden, dass ihr euch mit der Polizei prügeln werdet“, sagte sie.

Die Demonstranten hatten sich bei Sawtschenko beschwert, dass die Polizei ihre Kundgebung aufgelöst hatte. Die Angeordnete hatte versprochen, sich des Problems anzunehmen und einen entsprechenden Appell an das Ministerkabinett zu senden, an die Oberste Rada und an den Präsidenten Petro Poroschenko. Sawtschenko sprach auch mit den Vertretern der Polizei.



[http://dnr-news.com/uploads/posts/2016-11/1478183549\\_1472947977.jpg](http://dnr-news.com/uploads/posts/2016-11/1478183549_1472947977.jpg)

De.sputniknews.com: Russlands Präsident Wladimir Putin hat das Verteidigungsministerium beauftragt, am 4. November eine zehn Stunden dauernde humanitäre Pause in Aleppo einzulegen. Zur Umsetzung dieses Plans wurden vom russischen Militär acht Fluchtkorridore eingerichtet – zwei für Extremisten und sechs für friedliche Einwohner. Allerdings fordern die Extremisten umgerechnet 300 US-Dollar von jedem, der Aleppo verlassen will — zur „Unterstützung der Brüder an Fronten“, schreibt die Zeitung „Kommersant“ am Donnerstag...

De.sputniknews.com: Moskau über US-Reaktion auf russisches Weißbuch zu Syrien befremdet

Die russische Außenamtssprecherin Maria Sacharowa hat sich befremdet über die Reaktion der USA auf Moskaus Weißbuch zu Syrien gezeigt: Das US-Außenministerium habe sich geweigert, das offizielle Dokument der russischen Seite zu kommentieren.

Das US-Außenministerium habe zwar bestätigt, so Sacharowa, dass es über das russische Weißbuch Bescheid wisse, habe jedoch einen Kommentar verweigert. Dabei schenke das US State Department den „zusammengeflackten“ Daten der Syrischen Beobachtungsstelle für Menschenrechte und anderer fragwürdiger Organisationen besondere Aufmerksamkeit.

„Ihre (der Syrischen Beobachtungsstelle – Anm. d. Red.) Daten werden analysiert, kommentiert und als unbestrittene Fakten dargestellt. Genauso geht das US-Außenministerium mit den Angaben der ‚Weißen Helme‘ und anderer fragwürdiger Nichtregierungsorganisationen um. Doch eine Reihe von Beweisen, die offiziell vorbereitet und als offizielles Dokument dem UN-Sicherheitsrat vorgelegt wurden, wollen sie nicht kommentieren“, sagte die Sprecherin am Donnerstag. Warum das passiert, sei ihr völlig unklar.

Ende Oktober hatte Russland dem UN-Sicherheitsrat ein Weißbuch zu Syrien als offizielles Dokument vorgelegt. Darin werden Verbrechen geschildert, die in Syrien von der US-geführten Koalition und der gemäßigten Opposition verübt wurden.

Wie Sacharowa betonte, handelt es sich bei dem Weißbuch um Fotos von Militäroperationen der USA und ihrer Verbündeten in Syrien. „Eine Reihe von diesen Bildmaterialien liegt dem Weißbuch zu Syrien zugrunde, das von der russischen Seite im UN-Sicherheitsrat unterbreitet wurde“, so die Sprecherin.

[Ukrinform: Die USA seien bereit, Reformen in den Rechtsschutzorganen der Ukraine zu unterstützen und ihre Professionalität zu fördern, erklärte am Donnerstag Marie L. Yovanovitch, außerordentliche und bevollmächtigte US-Botschafterin in der Ukraine, nach den großen Übungen des Innenministeriums mit Beteiligung der Spezialeinheiten der Nationalpolizei KORD und des Grenzschutzdienstes DOSOR am Flughafen „Boryspil“, berichtet ein Ukrinform-Korrespondent.](#)

[Nach den Worten der Botschafterin werden die Vereinigten Staaten weiterhin die Partnerschaftsbeziehungen mit der Ukraine unterstützen, insbesondere bei der Förderung der Professionalität der Rechtsschutzorgane der Ukraine und der Durchführung der Großübungen.](#)

## **Abends:**

De.sputniknews.com: So schreibt die Ukraine ihre Geschichte um – schwedische Zeitung  
Am ukrainischen Institut für nationales Gedächtnis wird kein Hehl daraus gemacht, dass man die neue Geschichte der Ukraine schreibt und dem Land eine neue „nationale Identität“ verschafft. In Wirklichkeit kann es jedoch um wahlweise Korrekturen gehen, um unangenehme Tatsachen zu verbergen, wie die schwedische Tageszeitung „Dagens Nyheter“ schreibt.

Das 2006 vom Präsidenten Viktor Juschtschenko gegründete und vom 39-jährigen Historiker Wladimir Wjatrowitsch geleitete ukrainische Institut für nationales Gedächtnis soll die positiven Seiten der ukrainischen Geschichte publik machen. Die Kritiker der Idee, eine neue ukrainische Identität zu schaffen, seien jedoch überzeugt, dass es sich um ein Umschreiben der Geschichte handelt, um zum Beispiel die Morde an den Polen und Juden im Zweiten Weltkrieg zu verschweigen, betont der Autor des Artikels.

Wjatrowitsch selbst weist indes die Vorwürfe, selektiv an die Geschichte heranzugehen, zurück.

„Viele Jahrzehnte hat man uns gelehrt, dass die Faschisten den ukrainischen Kampf um die Unabhängigkeit geführt hätten. Wir müssen die Vorstellung davon ändern, wenn wir uns tatsächlich von der sowjetischen Vergangenheit lösen wollen“, erklärte er der Zeitung gegenüber.

Der deutsche Historiker Andreas Umland hat Wjatrowitsch, wie die Zeitung schreibt, wegen des Verschweigens der dunklen Seite in der ukrainischen Geschichte kritisiert, insbesondere wegen der Darstellung der ukrainischen nationalen Organisation OUN-B (mit „B“ sind die Anhänger von Stepan Badera gemeint – Anm. d- Red.) und der Ukrainischen Aufständischen Armee (UPA) als Befreier der Ukraine. Seinen Worten zufolge wissen viele Ukrainer gar nicht, dass die Mitglieder der UPA an den Juden-Pogromen im Zweiten Weltkrieg beteiligt waren. Umland meint, eine derartige Herangehensweise an die Geschichte könne die Beziehungen der Ukraine zum Westen erschweren.

In der ausländischen Presse waren zuvor Daten aufgetaucht, dass Mitarbeiter des Instituts für nationales Gedächtnis Korrekturen in Archivdokumente einbringen und vor deren Veröffentlichung alles herausstreichen würden, was dem Ansehen der UPA schaden könnte. Wie „Dagens Nyheter“ schreibt, sind manche ukrainischen Historiker kritisch gestimmt, was die Idee eines Instituts des Gedächtnisses selbst betrifft. Der Professor für Geschichte Sergej Stelmach von der Taras-Schewtschenko-Universität in Kiew meint, Wjatrowitsch sei nicht kompetent genug, um eine derartige Institution zu leiten, da er nicht einmal den Doktorgrad besitze.

„Ihre Aufgabe ist es, Episoden aus der ukrainischen Geschichte herauszugreifen, die sie in den Vordergrund rücken wollen, und das zu verschweigen, was sie nicht anerkennen wollen. Aber die Arbeit eines Historikers besteht nicht darin. Unser Ziel ist es, herauszufinden, was in Wirklichkeit passiert ist“, betonte der Professor.

Wie er sagte, ist es nicht richtig, dass das Institut für Gedächtnis das Archiv kontrolliert und zugleich auch erforscht.

„So geht das nicht. Das bedeutet, dass sie die Möglichkeit besitzen, den Zugang zum Archiv einzuschränken, um die restlichen Wissenschaftler daran zu hindern, ‚falsche‘ Schlüsse zu ziehen“, sagte Stelmach.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/31322/44/313224401.jpg>